

Politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts dringend geboten

Zur Entführung von drei deutschen Bergsteigern in der Türkei erklären AZADI und YEK-KOM:

Die Bundesregierung ließ nach Bekanntwerden der Entführung erklären, hierbei habe es sich wohl um eine „Racheaktion“ der PKK für das am 13. Juni 2008 vom Bundesinnenminister verfügte Verbot des kurdischen TV-Senders ROJ gehandelt. Doch ganz so simpel können die Ereignisse nicht dargestellt werden.

Wie die Volksverteidigungskräfte (HPG) der kurdischen Guerilla heute bestätigten, befinden sich die drei Bergsteiger seit dem 9. Juli in ihren Händen. Sie erklären, dass gegen „das deutsche Volk und die festgenommenen deutschen Staatsbürger keine Feindschaft gehegt“ werde. Die HPG werde die Touristen solange festhalten, bis die Bundesregierung eine Erklärung abgibt, dass der deutsche Staat „von seiner feindlichen Politik gegenüber dem kurdischen Volk und der PKK“ absehen werde. Sie fordern außerdem den sofortigen Rückzug der türkischen Armee, die nach der Entführung mit einer militärischen Großoffensive im Serhat-Gebiet begonnen hat.

Seit Jahren bestehen die verschiedenen Bundesregierungen auf der polizeilichen und strafrechtlichen Verfolgung von kurdischen Aktivist(inn)en, ihren Organisationen und Institutionen. Doch ist dieser jahrzehntelang schwelende politische Konflikt auch nur mit politischen Mitteln zu lösen. Wenn die Türkei glaubt, der kurdischen Befreiungsbewegung mit militärischen Offensiven den Garaus machen zu können oder Europa meint, die kurdische Frage stillschweigend übergehen zu können, war und ist das ein Irrweg. Mit Verboten, Einschüchterungen und der Stigmatisierung kurdischer Menschen als „Gefährder der inneren Sicherheit“ Deutschlands werden keine Konflikte aus der Welt geschafft, sondern neue provoziert. Die ‚Kurdische Frage‘ ist kein Terrorismusproblem. Sie braucht dringend eine politische Lösung. Es gibt hierzu keine Alternative.

Die kurdische Bewegung hat in den vergangenen Jahren wiederholt einseitige Waffenstillstände erklärt, sie hat tief greifende strukturelle und politische Veränderungen vorgenommen und umfassende Friedens- und Demokratisierungsprojekte für die gesamte Türkei erarbeitet. Doch blieben sämtliche Bemühungen weitestgehend unbeantwortet – sowohl vonseiten der Türkei als auch der EU.

Es ist an der Zeit, diese Blockade zu durchbrechen, die Kriminalisierung der kurdischen Organisationen zu beenden und das Angebot zum Dialog nicht weiterhin auszuschlagen.

Wir appellieren auch an die HPG, die entführten Deutschen ohne weitere Bedingungen freizulassen.

Azadi e. V. & Yek-Kom e.V.

Düsseldorf, 10.07.2008